

AK zur jungen Wirtschaft: Krisenkosten haben nichts mit Pensionen zu tun

Utl.: Vor allem die Bankenrettung hat den Staat belastet =

Wien (OTS/AK) - "Die Kosten der Krise haben nichts mit den Pensionen zu tun", sagt Günther Chaloupek, Leiter des AK Bereichs Wirtschaft, zur heutigen Forderung der jungen Wirtschaft nach einer "tiefgreifenden Pensionsreform": "Die Staatsschulden sind zuletzt vor allem gestiegen, weil der Staat die Banken retten musste."

Seit Inkrafttreten des Bankenrettungspakets, erinnert Chaloupek, wurden die SteuerzahlerInnen bereits mit rund 5,6 Milliarden Euro belastet. Deshalb sei es nur gerecht, dass der Finanzsektor einen Beitrag zum Gemeinwohl leiste, konkret durch die Verlängerung der erhöhten Bankenabgabe. Zusätzlich ist die AK für einen gerechten Beitrag der Reichen durch Steuern auf große Vermögen und die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer.

Was übrigens die Pensionen betrifft, erinnert Chaloupek daran, dass die Pensionen der ArbeitnehmerInnen zu mehr als 80 Prozent durch Beiträge gedeckt sind, während der Eigenbeitrag der gewerblichen Selbstständigen nicht einmal 50 Prozent beträgt.

~

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation
Peter Mitterhuber
Tel.: (+43-1) 501 65-2347
mailto:peter.mitterhuber@akwien.at
http://wien.arbeiterkammer.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0121 2013-08-08/13:46

081346 Aug 13

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130808_OTS0121